

PARTEIEN

LENZBURG «Letzte Chance» für die Freisinnigen

Wenn das «politische Barometer auf Sturm steht und ein Gewitter, bestehend aus täglich neuen Drohungen, Wortgefechten und die Menschenwürde verachtenden Anschuldigungen durch unser Land zieht», sieht der Lenzburger FDP-Präsident Roger Strozega für die Freisinnigen «eine letzte Chance». Griffige Konzepte und nachvollziehbare Themen bildeten die Grundlage für eine nachhaltige, liberale Sach- und Sozialpolitik. «Die Freisinnigen waren einmal eine Volkspartei, eine erfolgreiche, staatstragende Regierungspartei»; es gelte, das Vertrauen der Wählerschaft zurück zu gewinnen, allerdings «ein staubiger und steiniger Weg». Offene und selbstkritische Worte an der Generalversammlung der Lenzburger Ortspartei, welche auf lokaler Ebene ebenfalls gefordert ist. Strozega



Vor der GV zeigte Direktor Marcel Ruf den Freisinnigen die Justizvollzugsanstalt. HH.

ga nannte die Fusion mit Niederlenz, welche «nicht von oben», sondern durch sorgfältige und überzeugende Argumentation «von unten» wachsen müsse. Dauerthema bleibt die Rekrutierung von Parteimitgliedern (deren

Zahl sank auf 209) und für 09 die Bestellung von Stadt- und Einwohnerrat. Für die Grossratswahlen sollte die Stadtpartei zwei Kandidaturen lancieren; mit Karin Halter steht bereits eine fest. Im Zwischenwahljahr 07 war der

Dreikönigsapéro mit der Urner Nationalrätin Gabi Huber sehr gut besucht, weniger der Wirtschaftsapéro und die Information zum «Bildungskleeblatt». Laut Huber ist die «wichtigste Eigenschaft des liberalen Gedankengutes der Optimismus»; das gibt Hoffnung. Fraktionspräsidentin Beatrice Stüssi ist stolz, dass die Fraktion im Gegensatz zur «Konkurrenz» zwei Jahre nach den Wahlen noch komplett ist. In nur vier Ratsitzungen wurden u.a. das Dienst- und Besoldungsreglement teilrevidiert, die Besitzstandswahrung bei der Umstellung der Pensionskasse bewilligt und eine Motion zur Schulsozialarbeit überwiesen. Stadttammann Hans Huber wies auf das boomende Lenzburg hin und bat um Mithilfe im Projekt Hornerfeld, das Arbeitsplätze und Steuererträge verspricht. Und: er fühle sich dank Unterstützung der Partei «nicht als halber Stadttammann». (HH.)